

AKTUELL

WASSERVERSEUCHUNG

Die Zeitbombe hat plopp gemacht

Richard Graf

Zunächst sollte es nur ein Unfall gewesen sein. Doch dann wurde klar, dass Luxemburgs Wasserversorgung nachhaltig belastet ist.

Seit Jahren diskutiert das ganze Land über die europäische Wasserschutz-Direktive und deren Umsetzung. Gestritten wurde dabei vor allem über den „reellen“ Preis, damit jeder und jede nach dem Prinzip des „pollueur-payeur“ für Wasserverbrauch und -verschmutzung aufkommt ... und nicht die Allgemeinheit.

Die Richtlinie blieb nicht ohne Folgen: Der Wasserpreis ist inzwischen überall merklich angestiegen. Nicht verbessert hat sich allerdings der Zustand der Gewässer, denn über dem Streit über einen nationalen Einheitspreis, einer regional fixierten Kostendeckung und einer möglichen sozialen Komponente wurden wichtige Hausaufgaben nicht gemacht. Das eigentliche Ziel das Netz an Kläranlagen so aus- und umzubauen, dass das Wasser endlich EU-Qualität bekommt, wurde verfehlt. Inzwischen zahlt Luxemburg täglich eine Konventionalstrafe von 2.800 Euro und zwar solange bis die letzten veralteten Kläranlagen den geltenden Mindeststandards angepasst sind.

Inzwischen ist auch die vermeintlich gute Qualität unseres Trinkwassers ganz offiziell in Frage gestellt. Zuerst wurde eine Verunreinigung des Stausees an der Obersauer mit Metazachlor festgestellt. Doch es gab gleich Entwarnung, denn an der Stelle, wo die Sebes das Trinkwasser für große Teile des Landes aus dem Stausee entnimmt, konnten zunächst keine erhöhten Werte festgestellt werden. Als sich dann auch noch herausstellte, dass es einen Zwischenfall mit einem Tankwagen, 20 Kilometer hinter der belgischen Grenze, gegeben hatte, bei dem 6.000 Liter von mit besagtem Mittel verdünntem Wasser zunächst in die Obersauer und dann schließlich in den Stausee gelangten, waren viele zunächst einmal erleichtert - auch weil hierzulande keiner für das schwarze Schaf verantwortlich zeichnen musste.

Doch eine Tiefenbohrung beim „Schaedhaff“, von wo aus die Sebes ersatzweise Grundwasser bezieht, hatte ebenfalls Spuren von Metazachlor zutage gebracht. Allerdings stammen die vom regulären Gebrauch des Spitzmittels in der Landwirtschaft. Laut Umweltmi-

nisterium sind über 1.500 Pestizide in Luxemburg im Einsatz. Das mit der Kontrolle beauftragte Wasserwirtschaftsamt sieht sich außerstande, nach all diesen Schadstoffen Ausschau zu halten. Inzwischen wird auch an anderen Stellen nach Metazachlor gesucht.

Die grüne Umweltministerin und ihr Staatssekretär müssen sich jetzt in einem Spagat zwischen Beruhigung der Bevölkerung und adäquatem politischen Handeln üben: Dass ausgerechnet sie sich bei der Kommission um eine vorläufige Heraufsetzung der Grenzwerte im Trinkwasser bemühen müssen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Doch werden sich die schwarzen, roten und blauen Vorgänger in ihrem Amt sicherlich mit Spott zurückhalten.

Haugemachtes Problem

Die Umweltverbände, aber auch die Grünen, haben immer vor dem gewarnt was jetzt eingetreten ist. Der Streit mit der industriell betriebenen Landwirtschaft ist angesagt, denn der Einsatz von Pestiziden ist nun als eigentliche Ursache der Verseuchung erkannt. Auch wenn sich die Bauern-Lobbyisten hinter der Zulassung von Metazachlor verschanzen und der Industrie die Verantwortung aufbürden wollen.

Ausgerechnet Anfang vergangener Woche, als der ganze Umfang der Verschmutzung noch nicht einmal zur Gänze bekannt war, hatten Greenpeace und Natur an Umwelt dem Landwirtschaftsminister im Rahmen einer Anhörung ein Gutachten unterbreitet. Darin fordern beide Organisationen in einem ersten Schritt Klarheit darüber zu schaffen, welche Pestizide in welchen Mengen eingesetzt werden. Vierzig Prozent der 233 Wirkstoffe, die in Luxemburg genehmigt sind, stünden auf sogenannten „Schwarzen Listen“.

Die Forderung der Umweltverbände: „Wenn die Regierung es ernst meint und einen effektiven Nationalen Aktionsplan Pestizide vorlegen will, muss sie auch den längst überfälligen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft einleiten. Dazu gehört, dass prioritär der biologische Landbau, der ohne synthetische Spritzmittel auskommt, gefördert werden muss. Pestizide gehören zudem weder auf öffentliche Flächen noch in Privatgärten. Ein kohärentes Vorgehen aller betroffenen Ministerien ist unerlässlich.“

SHORT NEWS

EU-Parlamentarier: Ende der Geheimniskrämerei

(da) - „EU Integrity Watch“ heißt eine Datenbank, die von der NGO „Transparency International“ am vergangenen Montag lanciert wurde. Die übersichtlich angelegte Homepage zur Datenbank soll zu den Nebenverdiensten von EU-Parlamentariern für Transparenz sorgen. Dazu wurden Angaben verwendet, die EU-Abgeordnete laut Verhaltenskodex dem Parlament schriftlich mitteilen müssen. Nachteil: Die Angaben der Politiker sind sehr unpräzise, da sie lediglich ankreuzen müssen, ob sie monatlich zwischen 500 und 1.000, 1.001 und 5.000, 5.001 und 10.000 oder über 10.000 Euro zusätzlich zu ihren Bezügen verdienen. Von den sechs Abgeordneten aus Luxemburg geben vier an, über keinerlei Nebeneinkünfte zu verfügen. Charles Goerens (DP) sitzt nach eigenen Angaben im Verwaltungsrat von „Foyer Finance“, einer Holding, die 80 Prozent der Aktien des Versicherungsunternehmens „Foyer S.A.“ besitzt, und bezieht monatlich zwischen 1.001 und 5.000 Euro. Der CSV-Abgeordnete Frank Engel gibt an, im Verwaltungsrat der „Global Strategies Group“ (GSG) zu sitzen und dafür ebenfalls zwischen 1.001 und 5.000 Euro monatlich zu kassieren. Laut Wikipedia ist GSG ein „privates Sicherheits- und Militärunternehmen“, das unter anderem in Afghanistan und im Irak aktiv ist.

Gedruckte Presse muss bluten

(rg) - Wer sich den „Zukunftspak“ von Gramegnas „UBS“(sic!)-Stick oder von budget.public.lu herunterlädt, tut gut daran, die nicht sehr einfach zu konsultierende Liste der 258 Sparmaßnahmen in ein frei formatierbares Tabellenformat umzukopieren ... und nach seinen Lieblingsthemen zu suchen. So erfährt die geschriebene Presse zum Beispiel, dass ab 2015 das Nachhaltigkeitsministerium (und andere) keine gedruckten Ausschreibungen mehr publizieren will. Nun lässt sich darüber streiten, ob es sinnvoll ist, öffentliche Mitteilungen weiterhin in der geschriebenen Presse zu publizieren. Doch dürfte die „Sparmaßnahme“ vor allem eines zur Folge haben: Die Printmedien, die seit Jahren unter finanziellem Druck stehen, müssen schlagartig auf einen Teil ihres Einkommens verzichten. Diese „indirekte Pressehilfe“ (dixit Jacques Santer) gehört zum Geschäftsmodell einer sehr arbeits(platz)intensiven Branche. Die CSV-Medienminister hatten sich in der Vergangenheit davon überzeugen lassen, dass ein Avis-Verzicht eine Reform der direkten Pressehilfe voraussetzt. Blau-Rot-Grün spricht zwar auch von einer Reform, allerdings in dem Sinne, dass der bestehende Pressehilfe-Topf zusätzlich den elektronischen Medien zugänglich gemacht werden soll. Also auch hier in der Summe weniger Geld für das Gedruckte. Eigentlich sollte es so sein, dass die Zeitungshäuser dabei unterstützt werden, wenn sie ergänzend zu ihrem Kerngeschäft ihre Internetpräsenz ausbauen. Bezahlmodelle sind nämlich (nicht nur) im kleinen Luxemburg nicht überlebensfähig.

Libre échange : Petit Tisa, vous mordra pas !

(lm) - Mauvaise foi ou bêtise ? C'est ce qu'on se demande en lisant la réponse de Xavier Bettel et de Jean Asselborn à une question parlementaire relative à l'Accord sur le commerce des services (Tisa). Oui, le gouvernement soutient la conclusion d'un tel accord, répondent les deux ministres et ressortent leur baratin sur le Luxemborug, économie ouverte. Non, on n'a pas besoin d'organiser un débat public, puisque la Commission européenne le fait déjà tellement bien. Tellement bien que les observateurs s'accordent que le traité est encore plus secret que le TTIP. Ou était, car en juin dernier, Wikileaks a publié une partie des documents en cours de négociation. Cela a révélé qu'on se dirigeait vers une dérégulation massive des services financiers sapant les normes européennes en matière de protection des données. De cela, les ministres ne parlent pas, mais assurent que les monopoles publics dans les services de base ne seraient pas touchés. Faux, estime l'expert Raoul Marc Jennar dans un article du numéro de septembre du Monde diplomatique. Il y explique comment les multinationales pourraient s'attaquer à ces monopoles. Et comment Tisa rendrait impossible tout retour en arrière en cas de privatisation, comme cela a été possible - heureusement - pour l'approvisionnement en eau dans plusieurs pays voisins.